



Für das freie Internet - digitale Zukunft gestalten

Rheinland-Pfalz ist mitten drin im digitalen und vernetzten Zeitalter. Wir GRÜNE wollen die Chancen und Potentiale dieses neuen Zeitalters nutzen. Dafür brauchen wir gerechte Zugangschancen für alle Menschen und das Recht auf einen freien, unzensurierten Internetzugang.

Freiheit im Internet

Freiheit im Internet bedeutet freies Bewegen im Internet. Freiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der noch jungen Internetkultur. Sie zu beschützen ist Kern unserer Politik. Mit dem Internet gibt es nun ein Instrument, mit dem Freiheit und Demokratie von jedem einzelnen gefördert und unterstützt werden kann. Die Freiheit im Netz ist es, die es den Menschen im Iran ermöglichte, ihre Opposition gegen gefälschte Wahlen publik zu machen. Sie erlaubt es BloggerInnen aus China und Birma der Welt zu berichten und sie erlaubt es auch Menschen in Rheinland-Pfalz sich schnell und einfach über Politik auszutauschen. Das Internet, es ist im Kern demokratisch. Darum werden wir das freie Internet mit allen Möglichkeiten verteidigen.

Aber nicht nur der Zugang zum Internet und seinen Inhalten muss frei von Zensur sein. Wir wollen die Ideen befreien! Offene Formate, Lizenzen wie Creative Commons und freie Software wollen wir fördern, um Inhalte, Software und Technik so zu gestalten, dass sie von möglichst vielen umfassend genutzt werden können. Freie Software stellt dabei einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer freien demokratischen Nutzung des Internets und des Computers dar.

Abmahnwellen und Softwarepatente bedrohen zunehmend die nicht-kommerzielle und freie Struktur des Internets. Viele Inhalte von Privatpersonen im Internet wurden in der Vergangenheit wegen angeblicher Urheberrechtsverletzungen durch spezialisierte Anwälte abgemahnt. Dieser teils kriminellen Abmahnwirtschaft müssen wir einen Riegel vorschieben. Dafür brauchen wir verbindliche Regelungen, welche Urheberrechts- und Persönlichkeitsrechtsverletzungen ahnden, aber Abmahngeschäftsmodelle verhindern kann.

Gegen Netzsperrern und Vorratsdatenspeicherung

Das Grundgesetz verbietet Zensur. Wir GRÜNE setzen uns daher gegen die Installation einer Sperr-Infrastruktur im Internet ein. Schwarz-Gelb hat die Internetsperrern für ein Jahr ausgesetzt. Das reicht uns bei weitem nicht, das Gesetz muss weg! Wir werden das kommende Jahr kritisch begleiten und uns vehement dafür einsetzen,

dass das handwerklich schlechte und inhaltlich falsche Gesetz von Schwarz-Gelb tatsächlich gestoppt und nicht etwa durch die Hintertür doch noch eingeführt wird. Zahlreiche PolitikerInnen von SPD und CDU hatten vor den Wahlen propagiert, die Zensur-Infrastruktur mittelfristig auf weitere Felder auszudehnen. Computerspiele und urheberrechtlich geschützte Werke sollen der Anfang sein, unbequeme Aussagen könnten folgen. Diese Sperrern stellen nicht viel weniger in Frage als das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung!

Um Rechtsverstöße im Internet zu begegnen, gibt es die schon jetzt genügend Möglichkeiten der Strafverfolgung. Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten müssen aktiv von Behörden gesucht und deren Löschung und Strafverfolgung veranlasst werden. Löschen statt Sperrern - nur so können diese Inhalte aus dem Netz verschwinden. Eine technisch mangelhafte Sperrung der Internetseiten hilft weder den Opfern, noch verhindert sie den Zugang zu diesen. Die Sperrern in der jetzigen Form lassen sich mit wenigen Mausklicks umgehen. Die Netzsperrern müssen daher ersatzlos gestrichen werden!

Die Vorratsdatenspeicherung durch die Provider in Deutschland stellt alle InternetnutzerInnen unter Generalverdacht. Der Staat hat weder die Aufgabe noch die Verpflichtung, die Menschen uneingeschränkt zu überwachen. Der Big Brother ist eine Gefahr. Im Internet, genau wie im realen Leben.

Privatsphäre, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung

Meine Daten gehören mir! Nur ich darf entscheiden, was mit den Informationen passiert, die ich im Internet von mir preisgebe. Wir treten für einen starken Datenschutz im Internet ein. Wir wollen die Medienkompetenz der Menschen stärken und ihnen einen bewussten Umgang mit dem Netz vermitteln. Die rasante Entwicklung der Neuen Medien muss sich auch in den Lehrplänen niederschlagen. Durch eine bessere Medienpädagogik an den rheinland-pfälzischen Schulen sollen Kinder und Jugendlichen gewappnet werden, um mit den Chancen und Risiken des Internets umgehen zu können. Kindern sollte möglichst bald der Umgang mit Netz, Technik und Inhalten fächerübergreifend in der Schule näher gebracht werden. Dies muss im Lehrplan festgehalten werden. Neben der Schulung von Kindern und Jugendlichen im Medienbereich, tragen jedoch auch Gerätehersteller, Netzbetreiber und Serviceanbieter eine besondere Verantwortung. Insbesondere Angebote wie Klingeltöne, SMS-Votings oder Abonnements treiben immer mehr Kinder, Jugendliche und Familien in eine Kostenfalle.

Der Freiheit des Netzes muss daher von beiden Seiten (Nutzern und Anbietern) auch eine entsprechende Verantwortung entgegengesetzt werden. Aber auch die Anbieter von sozialen Netzwerken möchten wir verpflichten, den AnwenderInnen die volle Kontrolle über ihre Daten zu überlassen.

Im Gesetz festgeschrieben ist der Schutz des Brief- und Fernmeldegeheimnisses. In der heutigen Zeit ist die Kommunikation per E-Mail aber immer mehr Standard, sowohl im privaten als auch geschäftlichen Bereich. Die elektronische Post ist bereits als rechtskräftiges Kommunikationsmittel anerkannt, jedoch streiten sich die Gerichte

über die Ausweitung des Briefgeheimnisses auf die E-Mail. Hier muss eine klare Gesetzesgrundlage geschaffen werden.

Reform des Urheberrechts überfällig

Maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft neuer Unternehmensmodelle hat eine zukunftssichere Regelung des Urheberrechts. Derzeit verbreitet allen voran die Medienindustrie eine Ideologie, die unlizenzierte Nutzung als "Raub" und "Piraterie" kriminalisiert. Im Kampf gegen die Internetpiraterie gerät jedoch immer öfter die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ebenso unter die Räder wie der freie Zugang zu Wissen und kulturellen Werken. Massenhafte Verfolgung, den Einsatz von Digitalem-Rechte-Management sowie die Bestrafung von digitalen Privatkopien lehnen wir hingegen ab. Wie schon im Patentrecht treten wir für grundlegende Reformen der bestehenden Urheberrechtsgesetzgebung in Deutschland und der EU ein. Wir drängen in eine Richtung, die zuvorderst BürgerInnen, KünstlerInnen, ForscherInnen, Schulen und Universitäten nützt. Die Notwendigkeit einer Vergütung für die Schaffung geistiger Werke erkennen wir an.

Die neuen Nutzungsgewohnheiten bei Musik- und Filmangeboten haben Auswirkungen auf die Kulturschaffenden, ihre Existenzgrundlage darf aber nicht in Frage gestellt werden. KünstlerInnen und MusikerInnen, die meist in der Selbständigkeit ihre Werke produzieren, sind - wie andere Selbständige auch - darauf angewiesen, diese verwerten zu können, denn sie nehmen am Wirtschaftsleben mit ihren kreativen Produkten teil. Wir müssen gemeinsam neue Wege suchen, um Kulturschaffenden eine angemessene Vergütung zu garantieren.

Wir setzen uns deshalb für einen fairen Ausgleich zwischen NutzerInnen und UrheberInnen ein. Wir wollen UrheberInnen angemessen vergüten und UserInnen nicht pauschal kriminalisieren. Wir kämpfen für eine durchsetzungsstarke digitale Privatkopie. Wir wollen die Gräben verlassen, aus denen heraus in den vergangenen Jahren von Seiten der Musikindustrie, der Verwerter, der UserInnen, der Anwaltschaften und Verfolgungsbehörden gekämpft wurde. Es ist an der Zeit, gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen. Deshalb prüfen wir Grüne derzeit pauschale Vergütungsmodelle wie die Kulturfltrate, die die nicht-kommerzielle Nutzung von digitalen Kulturgütern ermöglichen würden. Wir wissen, dass dieses rechtlich möglich wäre. Damit sind aber nicht alle Fragen geklärt. Wir haben es uns zum Auftrag gemacht, in den kommenden Monaten mit allen Betroffenen auszuloten, welche Netzinhalte außer Musikangeboten mit einbezogen werden müssten, wie die Downloadzahlen gemessen werden könnten, wer die Pauschale einziehen könnte und wie die UrheberInnen an die ihnen zustehende Vergütung kämen.

Politik muss sich dem Internet öffnen

Das Internet bietet die Möglichkeit den Menschen Politik wieder näher zu bringen. Wir wollen die Beteiligung von Menschen in politischen Prozessen stärken, dafür nutzen wir auch das Internet. Die GRÜNEN in RLP werden sich auch zukünftig bemühen, ihre politischen Inhalte im Netz zu diskutieren und von interessierten NutzerInnen mitgestalten zu lassen. Wir haben erkannt, dass der Sachverstand der BürgerInnen uns auch als Partei weiterhilft. Daher setzen wir nicht nur darauf, dass Men-

schen unsere Arbeit kommentieren können, wir wollen sie in die Diskussionen im Entstehungsprozess von Positionen direkt einbinden. Auf allen politischen Ebenen sollen sich auch staatliche Institutionen und Parteien den Partizipationsmöglichkeiten des Internets öffnen und ihre Internetauftritte möglichst barrierefrei gestalten. BürgerInnenbeteiligung wird durch das Internet einfacher und erfolgreicher.

Wir setzen uns dafür ein, dass freie Software verstärkt in öffentlichen Institutionen, Schulen und Hochschulen zum Einsatz kommt. Öffentliche Fördermittel dürfen nicht an die Verwendung bestimmter Software gebunden werden. Wir wollen mehr freie Software in der Öffentlichen Verwaltung, damit der Staat zum Vorbild für Informationssicherheit wird und Lizenzkosten spart. Wir stehen für mehr freie Software in der Schule, damit SchülerInnen den Umgang mit den Alternativen zum Monopol kennen lernen.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, werden GRÜNE Dateien in Zukunft vorrangig im Open-Office-Format und dem rtf-Format bearbeitet und verschickt, denn freie Software steht für Offenheit und Transparenz – zwei wichtige Grundsteine auf dem Weg zu einer freien Wissensgesellschaft.

Breitband-Internet für Rheinland-Pfalz

Ein Breitbandzugang ins Internet gehört zu einem zeitgemäßen Lebensumfeld dazu. Nicht nur zukunftsfähige Arbeitsplätze brauchen ein schnelles Internet, jeder Mensch hat ein Recht darauf. In Rheinland-Pfalz sind allerdings noch lange nicht alle Regionen mit Breitband-Internet versorgt. Wir sehen hier die Landesregierung mit in der Pflicht, die infrastrukturellen Voraussetzungen für Breitband-Internetanschlüsse sicher zu stellen. Nach Auslaufen der Bundesförderung für Leerrohranschlüsse im ländlichen Raum ist sie nun gefragt. Bisher hat sie aber keinen eigenen Euro in die Hand genommen um die Kommunen vor Ort zu unterstützen.

Das Internet ist eine wichtige Informationsquelle, nicht nur für Studierende, SchülerInnen und Lehrkräfte, sondern für alle BürgerInnen. Viele Schulen und Universitäten veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse und nützliche Materialien inzwischen ausschließlich elektronisch. Es ist wichtig, diese Informationsquelle für alle Menschen zu garantieren. Dabei muss eine günstige und unkomplizierte Erreichbarkeit basierend auf gängigen technischen Mitteln und entsprechend der Barrierefreiheit im Netz sichergestellt werden. Das Arbeiten im Internet mit einer langsamen Modem-Verbindung ist nicht zeitgemäß und erschwert den Zugang zu den Informationen stark. Der Ausbau des Breitband-Netzes ist Teil des Bildungsauftrages des Landes.

Vielfalt und Qualität im Netz

Vielfalt im Netz wollen wir erhalten, indem wir Blogs und Forenanbieter stärken, die für vielfältige Beteiligungs- und Meinungsäußerungsmöglichkeiten stehen. Eine inhaltliche Vorabkontrolle der Beiträge in Blogs und Foren ist nicht mit der schnellen Realität des Netzes vereinbar und würde die Web 2.0-Welt zerstören. Pressefreiheit muss auch für Blogs und Foren gelten.

"We are overnewsed but underinformed": Journalistische Qualität ist nicht ersetzbar. Zur Vielfalt im Netz gehören für uns insbesondere auch journalistische Angebote und

öffentlich-rechtliche Inhalte. Journalistische Qualität darf nicht ausgehöhlt werden durch zu hohe Renditeerwartungen, Mittelkürzung und einer einseitigen Orientierung an hintergrundarmen News mit Unterhaltungswert. Wir wollen öffentlich-rechtliche Qualität im Netz. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss für alle da sein. Auch für die, die sich nicht mehr über TV oder Radio informieren. Das entspricht seiner verfassungsrechtlich festgelegten Entwicklungsgarantie.